

Deutschland-Frankfurt am Main: Abbruch von Gebäuden sowie allgemeine Abbruch- und Erdbewegungsarbeiten
OJ S 156/2023 16/08/2023
Auftragsbekanntmachung – Sektoren
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Hessische Landesbahn GmbH
Postanschrift: Erlenstraße 2
Ort: Frankfurt am Main
NUTS-Code: DE71E Wetteraukreis
Postleitzahl: 60325
Land: Deutschland
E-Mail: ausschreibung@hlb-online.de
Telefon: +49 692425241015
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.hlb-online.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4268Z2/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4268Z2>

I.6. Haupttätigkeit(en)

Eisenbahndienste

Abschnitt II: Gegenstand**II.1. Umfang der Beschaffung****II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Neubau Wartungseinrichtung Butzbach - VE01 - Vorbereitende Maßnahmen: Erdbau
Referenznummer der Bekanntmachung: NWB_VE_01_VBM

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45110000 Abbruch von Gebäuden sowie allgemeine Abbruch- und Erdbewegungsarbeiten

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Hessische Landesbahn GmbH (HLB) plant die Errichtung einer neuen Wartungseinrichtung für Schienenfahrzeuge im Norden der Stadt Butzbach. Die

Wartungseinrichtung soll Anlagen für die betriebsnahe und schwere Instandhaltung von Fahrzeugen mit elektrischen und dieselgetriebenen Antrieben aufweisen.
Im Rahmen dieses Neubaus der Wartungseinrichtung Butzbach werden Erbau- und Entsorgungsleistungen beschafft.
Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind folgende Leistungen:
Lösen, Laden und Transportieren von Bodenmaterial
Wiedereinbau von Bodenmaterial
Entsorgung von mineralischen Baustoffen

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45110000 Abbruch von Gebäuden sowie allgemeine Abbruch- und Erdbewegungsarbeiten

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE71E Wetteraukreis

Hauptort der Ausführung: Butzbach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Hessische Landesbahn GmbH (HLB) plant die Errichtung einer neuen Wartungseinrichtung für Schienenfahrzeuge im Norden der Stadt Butzbach. Die Wartungseinrichtung soll Anlagen für die betriebsnahe und schwere Instandhaltung von Fahrzeugen mit elektrischen und dieselgetriebenen Antrieben aufweisen.
Im Rahmen dieses Neubaus der Wartungseinrichtung Butzbach werden Erbau- und Entsorgungsleistungen beschafft.
Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind folgende Leistungen:
Lösen, Laden und Transportieren von Bodenmaterial
Wiedereinbau von Bodenmaterial
Entsorgung von mineralischen Baustoffen
Leistungsbeginn: IV. Quartal 2023
Leistungsende: II. Quartal 2024

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 5

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchgeführt.

Die Vergabestelle macht von der Möglichkeit des § 45 SektVO, die Anzahl der geeigneten Bewerber / Bewerbergemeinschaften zu begrenzen, keinen Gebrauch. Alle Bewerber / Bewerbergemeinschaften die nach den Ausführungen dieser Auftragsbekanntmachung und des Dokumentes "Teilnahmeantrag" , das unter der Adresse (Ziffer I.3)) elektronisch zur Verfügung gestellt wird, das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Ziffer III.1.1)), die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.2)) und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.3)) nachgewiesen haben, werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Die geeigneten Bewerber/Bewerbergemeinschaften werden im ersten Schritt aufgefordert, ein indikatives (d.h. noch unverbindliches) Angebot abzugeben.

Die Auftraggeberin wird diejenigen Bieter, die ein fristgerechtes indikatives Angebot abgegeben haben, zu Bietergesprächen einladen.

Die Leistungsbeschreibung und der Vertragsentwurf sind von Bietern bei den indikativen Angeboten noch nicht zwingend einzuhalten. Die Auftraggeberin behält sich vor, auch bereits vor einer weiteren Angebotsaufforderung geänderte Teile des Vertragsentwurf bzw. der Leistungsbeschreibung und seiner jeweiligen Anlagen zur Kommentierung und ggf. als Grundlage weiterer Bietergespräche zu versenden. Die indikativen Angebote werden noch nicht einer Wertung unter Anwendung der Zuschlagskriterien unterzogen.

Nach Abschluss der Bietergespräche wird die Auftraggeberin über die Notwendigkeit etwaiger Anpassungen/Änderungen der Vergabeunterlagen entscheiden. Diese Änderungen können sich ausdrücklich auch auf aufgestellte Mindestanforderungen beziehen. Ferner wird sie entscheiden und den Bietern mitteilen, ob die Bieter zur Abgabe überarbeiteter, indikativer Angebote oder bereits zur Abgabe verbindlicher Angebote aufgefordert werden. Im letztgenannten Fall wird die Auftraggeberin allen Bietern verbindliche Vergabeunterlagen überreichen. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind dann nicht zulässig. Auch der mit der Aufforderung zur Abgabe des verbindlichen Angebotes überreichte Vertrag und die überreichte Leistungsschreibung sind dann zwingend einzuhalten.

Die Auftraggeberin (AG) behält sich zum weiteren Ablauf des Verhandlungsverfahrens vor, - bereits auf Grundlage der eingereichten ersten verbindlichen Angebote unter Verwendung der in der Angebotsaufforderung/ dem vorliegenden Leistungsbild genannten Kriterien und deren Gewichtung den Kreis der Bieter, mit denen weiterführende Verhandlungsgespräche durchgeführt werden, festzulegen. Bieter, die auf Grund dieser Zwischenwertung keinen erfolversprechenden Rang einnehmen, werden nicht mehr zu den Verhandlungsgesprächen eingeladen und erhalten hierüber eine schriftliche Mitteilung. Bieter haben keinen Anspruch auf die Durchführung von Verhandlungsgesprächen.

- den Zuschlag bereits auf Grundlage der ersten verbindlichen Angebote ohne weitere Verhandlungen und ohne die Einholung weiterer Angebote zu erteilen,

- in Ansehung der eingegangenen Angebote und durchgeführten Verhandlungsgespräche erneut Verhandlungsgespräche mit den Bietern, ggf. unter weiterer Abschichtung / Reduzierung des Bieterkreises, zu führen und / oder weitere Angebote einzuholen (Durchführung mehrerer "Verhandlungs- und Angebotsrunden). Ein Anspruch der Bieter besteht hierauf nicht.

Die Bietergespräche finden voraussichtlich in der Kalenderwoche 43/2023 statt. Der ggfls. vorgesehene Termin und der genaue Ablauf der Bietergespräche werden zu gegebener Zeit mit separatem Schreiben mitgeteilt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften der bevollmächtigte Vertreter für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, haben mit dem Teilnahmeantrag zwingend eine Eigenerklärung zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen gemäß den §§ 123 und 124 GWB, zur Umsetzung von Art. 5 k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 (Stand 21. Juli 2022) und zur Einhaltung des MiLoG sowie gemäß (Ziffer III.1.1)), der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.2)) und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.3)) abzugeben. Nähere Informationen sind in einem Dokument "Teilnahmeantrag", das unter der Adresse gem. Ziff. I.3 elektronisch zur Verfügung gestellt wird, aufgeführt. Das Dokument "Teilnahmeantrag" entspricht in seinem Aufbau und der Bezifferung dem Formular dieser Auftragsbekanntmachung-Sektoren.

Die informatorischen Vergabeunterlagen werden ebenfalls unter der Adresse gem. Ziff. I.3 elektronisch zur Verfügung gestellt. Änderungen und Ergänzungen bleiben vorbehalten.

Zur Abgabe der nach den Ziffern III.1.1) bis III.1.3) geforderten Eigenerklärungen kann das Formular "Teilnahmeantrag" einschließlich "Verpflichtungserklärung "andere Unternehmen" (Eignungslleihe gem. § 47 SektVO)", und

- "Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung" verwendet werden. Sofern eine allgemeine PQ nach VOB/A die geforderten Einungsnachweise inhaltlich abdeckt, kann die entsprechende Angabe durch den Verweis auf die PQ ersetzt werden. Weitere Angaben, die nicht von der PQ nach VOB/A erfasst sind, müssen gesondert getätigt werden.

1.

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß den §§ 123 und 124 GWB, zur Umsetzung von Art. 5 k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 (Stand 21. Juli 2022) und die Einhaltung der Anforderungen des MiLOG sind gemäß den Ausführungen unter Ziffer III.1.1) des Dokumentes "Teilnahmeantrag" zu belegen.

Die vorstehenden Eigenerklärungen (Ziffer III.1.1) sind nur auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle - noch nicht mit dem Teilnahmeantrag - durch Vorlage derjenigen folgenden Bescheinigungen zuständiger Stellen von dem Bewerber oder den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft, zu bestätigen, die ausdrücklich von der Vergabestelle angefordert werden:

- a) Auszug aus dem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates
- b) die Unbedenklichkeitsbescheinigungen der tariflichen Sozialkassen oder eine entsprechende Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/ Mitgliedes des Bewerbergemeinschaftsmitgliedes (soweit der Betrieb beitragspflichtig ist)
- c) die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes (soweit das Finanzamt eine derartige Bescheinigung ausstellt)

d) soweit zutreffend einen rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften der bevollmächtigte Vertreter für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, haben mit dem Teilnahmeantrag zwingend folgende Eigenerklärungen abzugeben:

- Angabe des Gesamtumsatzes des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren in Euro netto, wenn in dem jeweiligen Geschäftsjahr ein Umsatz erwirtschaftet wurde. Eine Geschäftstätigkeit von mindestens 3 Geschäftsjahren ist nicht gefordert.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Als Mindestbedingung muss ein durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz von min. 4 Mio. Euro netto vorliegen, ansonsten wird der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft ausgeschlossen.

Bei Bewerbergemeinschaften werden bei der Ermittlung des durchschnittlichen jährlichen Umsatzes die Jahresumsätze der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft addiert.

Zur Abgabe der Eigenerklärung kann das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden.

Die vorstehend geforderten Eigenerklärungen (Ziffer III.1.2) 1.1)) sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle - noch nicht mit dem Teilnahmeantrag - durch Vorlage folgender Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen:

Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/ Steuerberaters oder entsprechend testierten Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Es sind wertungsfähige Referenzen als verantwortlicher Vertragspartner mit folgenden Angaben zu allen Referenzen anzugeben:

Die Ausführung der zu den Referenzleistungen geforderten Eigenerklärungen sind auf gesondertes Verlangen durch Bescheinigungen Dritter zu bestätigen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften müssen mindestens 1 wertungsfähige Referenz angeben, bei der diese als verantwortlicher Vertragspartner mit den (teil-) abgenommenen (Teil-) Leistungen beauftragt waren (die Leistungen müssen nicht selbst erbracht worden sein). Bei Bewerbergemeinschaften ist es ausreichend, wenn die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft insgesamt mindestens die vorstehend geforderte Anzahl von wertungsfähigen Referenzen angeben.

Zu allen angegebenen Referenzen müssen die nachstehend geforderten Angaben abgegeben und die zu den geforderten Angaben nachstehend aufgestellten Mindestanforderungen eingehalten werden, ansonsten ist die Referenz in Gänze nicht wertungsfähig (Mindestbedingung)

1.1.1. Angabe des Referenzobjektes.

1.1.2. Angabe des Auftraggebers

(Hinweis: Die Anschrift und der Ansprechpartner beim Referenz-Auftraggeber mit Telefonnummer sind erst auf weiteres gesondertes Verlangen zu benennen).

1.1.3. Zeitpunkt des Abschlusses der Leistungserbringung

Monats- und Jahresangabe; es werden ausschließlich (teil-)abgenommene Referenzen gewertet, bei denen der Abschluss der Leistungserbringung (rechtsgeschäftliche (Teil-)

Abnahme) nicht länger als 10 Jahre zurück liegt. Es gilt der Zeitraum von der rechtsgeschäftlichen (Teil-) Abnahme des Referenzobjektes bis zum Schlusstermin für den Eingang der Interessensbestätigung (dem "Teilnahmeantrag").

1.1.4. Erbrachte Leistungen/ Eigenschaften:

Angabe, ob nachfolgende Leistungen ausgeführt wurden oder folgende Eigenschaften bei dem Referenzobjekt vorliegen.

Als Mindestanforderung müssen durch alle wertungsfähigen Referenzen in Summe alle nachstehenden Leistungen/ Eigenschaften mit der nachstehend geforderten Anzahl nachgewiesen werden, ansonsten ist der Teilnahmeantrag nicht wertungsfähig.

1.1.4.1 Entsorgung von >10.000t belasteter Böden LAGA>=Z1.2

(diese Leistungen/ Eigenschaften müssen als Mindestbedingung bei einer geforderten Referenz erbracht worden sein/ vorliegen)

1.1.4.2

Lösen, laden, transportieren, einbauen und verdichten von >30.000m³ Boden (diese Leistungen/ Eigenschaften müssen als Mindestbedingung bei einer geforderten Referenz erbracht worden sein/ vorliegen)

III.1.6. Geforderte Kauttionen oder Sicherheiten

Bezüglich der geforderten Kauttionen und Sicherheiten wird auf die Angebotsaufforderung und die Vergabeunterlagen verwiesen.

III.1.8. Rechtsform, die die Unternehmensgruppe, der der Auftrag erteilt wird, haben muss

Eine Bewerber-/Bietergemeinschaft hat mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,

- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder in allen Phasen des Vergabeverfahrens und auch während der Auftragsdurchführung gegenüber der AG rechtsverbindlich vertritt,

- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ein Nachweis der Vertretungsbefugnis des bevollmächtigten Vertreters der

Bewerbergemeinschaft ist erst auf gesondertes Verlangen der AG vorzulegen.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 12/09/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Nachforderung fehlender/fehlerhafter Erklärungen/Nachweise:

Die Auftraggeberin behält es sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Ein Anspruch hierauf besteht nicht.

2. Eignungsleihe: Für den Fall, dass Bewerber zum Nachweis der eigenen Eignung auf die Ressourcen/Mittel von dritten Unternehmen verweisen, ist das Formular "Verpflichtungserklärung" als Anhang im Teilnahmeantrag zu verwenden.

3. Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften aus zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern/ Bietergemeinschaften führt in jedem Fall zwingend zum Angebotsausschluss.

4. Die elektronische Einreichung des Teilnahmeantrages samt Anlagen muss bis zum 12.09.2023 um 12:00 Uhr über das Bietertool des DTVP erfolgen. Bewerberfragen dürfen bis zum 01.09.2023 über das Kommunikationstool des DTVP gestellt werden. Die Auftraggeberin behält sich vor, später eingehende Nachrichten nicht zu beantworten. Die Auftraggeberin empfiehlt dringend, die Angebote mit angemessenem zeitlichen Vorlauf hochzuladen und eventuelle Restriktionen durch die bieter eigene IT-Infrastruktur (Kapazität des zur Verwendung vorgesehenen Internetanschlusses, Firewalls, etc.) vorab zu prüfen.
Bekanntmachungs-ID: CXP4Y4268Z2

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium
Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

11/08/2023